

Gemeinsamer Antrag

(Antrag Nr. 2136/2018)

Eingereicht am 13.09.2018 um 16:29 Uhr.

**Internationaler Ausschuss, Organisations- und Personalausschuss,
Verwaltungsausschuss**

Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Gruppe DIE LINKE & PIRATEN, der FDP-Fraktion und der Fraktion Die FRAKTION zur Neuauflage des Lokalen Integrationsplans (LIP) - Herausforderungen an das Zusammenleben in einer multiethnischen Integrationsgesellschaft in der Landeshauptstadt Hannover

Antrag

zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Lokalen Integrationsplan (LIP) der Landeshauptstadt Hannover neu aufzulegen.

Zur Neuauflage des LIP (LIP 4.0), seiner Inhalte und Schwerpunkte ist ein tragfähiges Verfahren zur Durchführung eines Beteiligungsprozesses zu initiieren, bei dem die relevanten Akteurinnen in der Landeshauptstadt Hannover einbezogen werden, darunter die MigrantInnenselbstorganisationen, Gewerkschaften, Politik, Wohlfahrtsverbände, Unterstützerinnenkreise, Vertreterinnen der Religionsgemeinschaften und des Hauses der Religionen u.v.a.m. Die Ergebnissicherung und Methodik folgt den gängigen Standards des Urban Governance. Digitale und analoge Beteiligungsformen sollen gleichberechtigt anwendbar sein.

Der Beteiligungsprozess soll von einem Ideenwettbewerb aus vorhandenen Mitteln des Gesellschaftsfonds Zusammenleben begleitet werden. Auch den Integrationsbeiräten in den Stadtbezirken ist in geeignetem Rahmen Raum für ihre Beteiligung zu eröffnen.

Mit dem Start des Beteiligungsprozesses ist ein Monitoring- und Evaluationsprogramm zu beginnen, das den gesamten Prozess begleitet und den Gremien des Rates in regelmäßigen Abständen vorgelegt wird.

Für den gesamten Überarbeitungsprozess des Lokalen Integrationsplanes — mithin Anpassung des bestehenden Konzepts an aktuelle gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen — sind die notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Dabei ist dafür Sorge zu tragen, dass die Überarbeitung des LIP als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung verankert wird.

Begründung

Mit dem gesamtstädtischen Arbeitsprogramm „Mein Hannover 2030“ (Drucksache 0286/2017) wurden Strukturen, Formate und Erkenntnisse erarbeitet, die der weiteren Stadtentwicklung als Grundlage dienen. Als weltoffene, diskriminierungsfreie Einwanderungsstadt mit einer

Willkommenskultur, die von der gesamten Stadtgesellschaft getragen wird, lebt Hannover eine starke Partizipations- und Beteiligungskultur, die den Menschen unabhängig von Alter und Herkunft ein selbstbestimmtes und aktives Leben in Gemeinschaft in lebendigen Quartieren ermöglichen kann. Die Integrationsbeiräte geben guten Aufschluss über die völlig unterschiedlichen Voraussetzungen in den einzelnen Stadtteilen. Ziel muss es sein, den verschiedenen Zielgruppen (z.B. Studierenden, EU-Zuwanderern, Fachkräften, Flüchtlingen etc.) den Weg in die Mitte der Stadtgesellschaft zu ermöglichen. Im Rahmen des gesamtstädtischen Arbeitsprogramm „Mein Hannover 2030“ bildete die Fortschreibung des LIP einen Schwerpunkt — getragen von der Idee vieler, dass sowohl sein Entstehungsprozess als auch seine Fortschreibung eine Richtschnur für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserer Stadt sein soll. Seit der Veröffentlichung des Lokalen Integrationsplans der Landeshauptstadt Hannover im Jahr 2008 haben sich die Herausforderungen an das Zusammenleben in der multiethnischen Integrationsgesellschaft geändert. Die Zuwanderung infolge der gegenwärtigen krisenhaften politischen und sozialen Umstände, insbesondere in den Ländern des Nahen Ostens, hat die Flüchtlingszahlen stark ansteigen lassen. Innerhalb sehr kurzer Zeit hat sich das ehrenamtliche Engagement im Umfeld fluchtbedingter Zuwanderung vervielfacht, so dass sich ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit in den vergangenen Jahren zu einem breiten gesellschaftlichen Phänomen entwickelt hat. Hier greift der Leitgedanke von Urban Governance, eine Art trilateraler Kooperationsform, die darin besteht, dass gesellschaftlich bedeutsame Entscheidungen nicht allein von der Verwaltung gefällt werden, sondern das Ergebnis von Aushandlungsprozessen zwischen der Stadtgesellschaft, Politik und Verwaltung sind, an denen zwar auch die Verwaltung teilnimmt, aber nicht die maßgebliche Akteurin ist.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende
SPD-Fraktion

Dr. Freya Markowis
Fraktionsvorsitzende
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dirk Machentanz
Vorsitzender der Gruppe
DIE LINKE & PIRATEN

Wilfried H. Engelke
Fraktionsvorsitzender
FDP

Julian Klippert
Fraktionsvorsitzender
Die FRAKTION

Hannover / 14.09.2018